Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, entsprechend des geänderten Kommunalabgabengesetzes für zurückgewiesene Widersprüche, Gebühren zu erheben. Dabei sollten alle Verwaltungsakte auf kommunaler Ebene einbezogen werden.

Gleichzeitig werden jedoch auch im Umkehrschluss des Gesetzes Gebühren oder Bußgelder von den Mitarbeitern der Stadtverwaltung erhoben, die federführend oder verantwortlich Widersprüche abgelehnt haben, die dann aber durch die Stadtverwaltung zu Gunsten der Widerspruchseinreicher entschieden wurden oder durch Gerichtsverfahren für die Stadtverwaltung verloren gingen.